

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #01/2017

---

14. Januar 2017

Die Fragen stellte Niels Krallmann, Vorstand der „Krallmann AG – Enterprise Business Architects“, Berlin.

### **Niels Krallmann:**

*Frau Bundeskanzlerin, am Montag sind Sie beim Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer in Köln zu Gast. Was werden Sie Ihren Zuhörern zu den wirtschaftlichen Aussichten in diesem Jahr sagen?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ja, ich freue mich auf die Tatsache, dass ich dort nach Köln zur Industrie- und Handelskammer fahren kann. Ich werde dort erst einmal sagen, dass die wirtschaftliche Lage im Augenblick recht gut ist. Wir hatten im vergangenen Jahr doch ein gutes Wachstum von 1,9 Prozent. Wir haben eine sehr gute Arbeitsmarktsituation; für viele ist das Thema Fachkräftemangel eher ein Thema, als dass das Thema Arbeitslosigkeit ein Thema ist. Wir haben gute Zuwächse der Bruttolöhne, und damit heißt es auch – bei der geringen Inflationsrate –, dass letztlich die gute Lage auch bei den Beschäftigten ankommt, was ja immer sehr wichtig ist. Wir haben fast unser Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben, erreicht – und dabei auch die Förderung nicht nur im universitären und außeruniversitären Bereich konzentriert, sondern eben auch Hilfen, gerade auch für den Mittelstand. Aber ich werde auch sagen, dass wir uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen dürfen, denn wir haben eine sehr hohe Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung, gerade weil in diesen Jahren die Digitalisierung mit der realen Wirtschaft, sozusagen, verschmilzt; weil wir auch international durchaus Risiken haben. Wir haben protektionistische Tendenzen, und wir werden auch gerade in unserer G20-Präsidentschaft dieses als Thema nehmen. Und deshalb muss Deutschland sich an vielen Stellen auch spalten, gerade den digitalen Wandel mitzumachen – und schnell genug mitzumachen.

*Das Thema, das Industrie und Handel, vor allem den Mittelstand, am meisten umtreibt, ist die digitale Revolution. Wie konnte es passieren, dass Deutschland die Digitalisierung verpasst hat, wie können wir den Rückstand aufholen und zu den Gewinnern der Digitalisierung werden?*

Also, ich glaube, so pauschal kann man das nicht sagen. Wir müssen hier verschiedene Dinge unterscheiden. Wir haben in einigen Unternehmen – ich selbst habe viele besucht – bereits Industrie 4.0 nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch ganz praktisch umgesetzt. Je kleiner die Unternehmen sind, umso mehr muss hier sicherlich auch unterstützt und geholfen werden. Aber ich weiß auch, dass das Handwerk sich sehr intensiv dieser Frage annimmt. Wir haben als Bundesregierung für diese Legislaturperiode, also seit 2013, die Digitale Agenda ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt, mit all ihren Facetten – sowohl was die gemeinsame Plattform für Industrie 4.0 anbelangt, weil wir ja auch Standards brauchen. Hier gibt es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstitutionen und der Wirtschaft. Wir haben eine Vielzahl von Mittelstandsförderprogrammen, wir haben eigene Initiativen – ich habe das Handwerk erwähnt –, aber auch bei dem Deutschen Industrie- und

Handelskammertag. Wir sind sehr stark dabei, die Infrastruktur auszubauen. Das Zwischenziel für 2018 heißt, jeden Haushalt mit 50 Megabit pro Sekunde anzubinden. Aber natürlich kommen wir dann mit 5G, mit dem neuen Standard und der Echtzeitübertragung, im nächsten Jahrzehnt in großen Mengen in die Gigabyte-Zonen. Und hier werden wir auch öffentliche Mittel einsetzen, in Kombination mit privaten Investitionen. Auch hier hat der Verkehrs- und Infrastrukturminister intensive Gespräche. Also, ich würde nicht sagen, wir haben es nicht mitbekommen, aber ich würde sagen: Uns steht noch ein großes Stück Arbeit bevor. Und das, was uns natürlich auch umtreiben muss, ist: Wie können wir unsere Start-up-Szene, die sich den letzten Jahren recht positiv entwickelt hat in, weiter fördern? Hier hat die Bundesregierung steuerliche Maßnahmen, aber auch Kreditmaßnahmen aufgelegt. Und insofern glaube ich, sind wir eigentlich ganz gut dabei, aber es gibt null Grund, sich auszuruhen.

*Frau Bundeskanzlerin, benötigt der deutsche Mittelstand mehr politische Unterstützung in Form von Kooperationen, Investitionen, Forschung und Plattformen, um ein effizienteres Ökosystem für digitale Transformation zu schaffen? Wie stehen Sie zu Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte?*

Ich sagte ja schon, dass wir eine ganze Reihe von Förderprogrammen haben, die auch gerade sehr gut auf den Mittelstand zugeschnitten sind. Wir haben Kompetenzzentren geschaffen, in denen sich mittelständische Unternehmen auch informieren können. Aber die Dynamik muss natürlich auch sehr stark von der Wirtschaft selbst ausgehen. Wir können von staatlicher Seite nicht wissen, wie die Dinge am besten abgerufen werden können. Wir sind bereit zu unterstützen; und ich finde, dass unser IT-Dialog, den wir in Zukunft auch Digital-Dialog nennen werden, der also ein dauerhafter Gesprächsprozess und Arbeitsprozess mit der Wirtschaft ist, das richtige Instrumentarium ist, um die Digitale Agenda der Politik mit den Wünschen des Mittelstandes und der Industrie insgesamt zu verbinden.

*Die EU-Kommission hat einen Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Wann wird es in Deutschland ein zentrales Bundesdigitalministerium geben?*

Wir glauben, dass wir mit unserer Kooperation unter den Kernressorts – Wirtschaftsministerium, Innenministerium, was auch gerade Digitalisierung im öffentlichen Bereich anbelangt, und Infrastrukturministerium, gemeinsam im Verkehrsministerium angesiedelt – doch eine gute Struktur haben. Und die Zusammenarbeit an dem Projekt „Digitale Agenda“ funktioniert sehr gut; das Forschungsministerium ist intensiv mit eingebunden. Und insofern glaube ich nicht, dass wir alles an einer Stelle konzentrieren werden, sondern wir sollten diese Kooperation fortsetzen. Ich glaube, damit durchdringen wir am allerbesten die verschiedenen Facetten. Was wir jetzt gemacht haben – das war mir sehr wichtig: Im Zusammenhang mit den Gesprächen zur Bund-Länder-Zusammenarbeit haben wir das Grundgesetz oder werden wir das Grundgesetz ändern – dahingehend, dass der Bund eine Kompetenz bekommt, auch in die Länder hinein Bürgerportale zu entwickeln, mit denen dann die Leistungen des öffentlichen Bereiches für den Bürger besser abrufbar sind und er sich nicht jeweils erkundigen muss, ist es jetzt eine kommunale Zuständigkeit, eine Länderzuständigkeit, eine Bundeszuständigkeit, sondern jeder bekommt ein Bürgerkonto, ein Bürgerportal. Und damit wird dann die Digitalisierung auch bei den öffentlichen

Verwaltungsprozessen vorangehen. Und das ist mir persönlich sehr wichtig. Weil nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger im eigenen Leben, bei der Erledigung ihrer Aufgaben – im Zusammenhang mit ihrem Staat – die Erfahrung machen, dass Digitalisierung wirklich auch Vorteile bringt, werden sie offener gegenüber der Digitalisierung in den anderen Lebensbereichen sein.